



Einbringung des Doppelhaushalts 2020/2021 am 20. Januar 2020

Rede des Finanzbürgermeisters Ingo Rust

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

wie eben von Herrn Oberbürgermeister erwähnt, bringen wir heute – drei Monate später als ursprünglich geplant – den Entwurf des Doppelhaushalts für die Jahre 2020 und 2021 ein. Nach gleich mehreren Meldungen im Juli letzten Jahres, die uns ein Einbrechen des Gewerbesteueraufkommens um über 29 Mio. Euro angekündigt hatten, haben wir die Reißleine gezogen. Wir haben – mit Ihrer Zustimmung – eine Haushaltssperre verhängt, um Schlimmeres abzuwenden und uns für eine umfassende Überarbeitung des Haushaltsplanentwurfs entschlossen.

Um nochmal die Größenordnung deutlich zu machen, die uns zu diesem Schritt bewogen hat: Im Jahr 2018 hatten wir ein Gewerbesteueraufkommen von rund 104 Mio. Euro. Die Zahlen, die uns dann im Juli letzten Jahres für das Jahr 2019 prognostiziert wurden, lagen bei knapp der Hälfte, nämlich rund 50 Mio. Euro. Um es noch etwas griffiger zu machen – bei rund 300 Mio. Gesamteinnahmen unseres Haushaltes macht die Gewerbesteuer ein Drittel unserer Erträge aus. Wenn davon die Hälfte einbricht, ist das keine normale Schwankung und auch nichts, über das man großzügig hinwegsehen darf. Dann muss man handeln.

Wir haben gehandelt und ich kann Ihnen heute berichten, dass Dank der schnell gezogenen Haushaltssperre durch Sie als Gemeinderat und dem konsequenten Umsetzen in der Verwaltung die Haushaltssperre ihre Wirkung erzielt hat und wir die Folgen des Einbruchs deutlich abmildern konnten. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle sehr herzlich für das Vertrauen danken, dass Sie der Verwaltung insgesamt und speziell der Kämmerei und dem Finanzdezernat entgegengebracht haben. Mit der Zustimmung zu einer Haushaltssperre geben Sie – wenngleich befristet – ein Stück Haushaltshoheit ab, damit wir schnell und konsequent handeln können. Sie haben uns dieses Vertrauen entgegengebracht. Wir haben gehandelt. Und das war keine vergnügungssteuerpflichtige Aufgabe – das kann ich Ihnen sagen. Ich habe mich mehrfach unbequemen Fragen von Institutionen der Stadtgesellschaft aber auch von Dezernentenkollegen oder meinem Chef stellen müssen, ob man nicht doch dieses oder jenes machen könne.

Aber es war auch im Nachhinein betrachtet wichtig und richtig. Das Mittel der Haushaltssperre und die Überarbeitung des Haushalts waren definitiv mehr als gerechtfertigt. Und es ist wichtig, dass wir aufmerksam und vorsichtig bleiben. Die wirtschaftliche Gesamtsituation ist nicht so stabil, wie sie auf den ersten Blick scheint. Nur ein paar wenige Beispiele:

1. Der Brexit

Niemand, auch keine Wirtschaftsweisen, wissen heute schon, was der Brexit für den europäischen Binnenmarkt und unsere Wirtschaft wirklich bedeutet. Wir tun das häufig so leichtfertig ab, nach dem Motto „Sollen sie halt gehen, die Briten“ und vergessen dabei, dass Großbritannien der 5-größte Exportmarkt Deutschlands ist – zudem mit einem immensen Handelsüberschuss für uns.

2. Der Handelskrieg zwischen den USA und China

Es hat zwar letzte Woche nach Entspannung ausgesehen, aber wer mag voraussagen, wie lange das bei den handelnden Akteuren – vor allem in den USA – halten wird. Und auch da hilft der Blick in die Handelsstatistik, um die Relevanz für uns deutlich zu machen. Beim Export liegen die USA mit über 113 Mrd. Euro für Deutschland auf Platz 1, beim Import auf Platz 4. China liegt beim Import mit über 100 Mrd. Euro auf Platz 1 und beim Export auf Platz 3. Ein Handelskrieg zwischen zwei der bedeutendsten Handelspartnern Deutschlands hat zwangsläufig immense Auswirkungen auf unsere Wirtschaft, auf unsere Unternehmen, auf unsere Arbeitsplätze und natürlich auf das Steueraufkommen.

Jetzt wird sich der eine oder andere vielleicht wundern, was das mit unserem städtischen Haushalt zu tun hat. Hebt der Rust jetzt ab und schwebt auf der Weltwirtschaftsebene ohne Bezug zu Esslingen? Nein, meine Damen und Herren, was in der Weltwirtschaft passiert, hat – man mag es für gutheißen oder nicht – direkten Einfluss auf unseren städtischen Haushalt. Deutschland ist eine Exportnation. Wir sind weltweit nach China die Nummer 2 im Export und mit einem Handelsüberschuss von 229 Mrd. Euro in hohem Maße vom Export abhängig. Baden-Württemberg ist ein Exportland. Mit über 200 Mrd. Euro exportiert unser Land mehr als jedes andere Bundesland – sogar mehr als Bayern und Nordrhein-Westfalen.

Und Esslingen. Ja, meine Damen und Herren, Esslingen ist eine Exportstadt. Viele der größten Unternehmen in Esslingen sind ebenfalls stark vom Export abhängig. Daimler z.B. verkauft mehr als doppelt so viele PKWs in China als in Deutschland. Der zweitgrößte Absatzmarkt sind übrigens die USA – sie erinnern sich an das Thema Handelskrieg – und der viertgrößte ist Großbritannien.

Auch unsere Maschinenbauunternehmen und die Zulieferer der Branche haben einen beträchtlichen Exportanteil. D.h. auch wir sind mit den Arbeitsplätzen in Esslingen und nicht zuletzt mit dem Gewerbesteueraufkommen von der Lage der Weltwirtschaft abhängig, ob wir wollen oder nicht. Wir müssen also weiter aufmerksam beobachten, was sich dort tut und unsere Haushaltspolitik und den Haushaltsvollzug darauf einstellen. Wir müssen schnell reagieren können, falls sich eines der Risiken in der Weltwirtschaft realisiert.

Meine Damen und Herren, wir legen Ihnen heute unseren Planentwurf für die nächsten 24 Monate vor. Wie sieht unser Haushaltsplanentwurf nun konkret aus? Was waren dabei unsere Leitlinien? Ich möchte Ihnen in drei Punkten erläutern, was hinter dieser, für die meisten Bürgerinnen und Bürger unleserlichen Zahlenwüste, steckt.

1. Wir sanieren.

Wie kaum einem anderen Haushalt der Stadt in den letzten Jahren, steht dieser Haushalt im Zeichen der Sanierung unserer Infrastruktur. Mir ist das Thema Sanieren sehr wichtig, auch wenn es langläufig eher als undankbares Geschäft empfunden wird – mein Sohn würde sagen „Sanieren ist uncool“. Schöner ist es natürlich immer neu zu bauen; größer, schöner, moderner, anstatt Schlaglöcher zu flicken, marode Mauern zu reparieren oder Gebäude zu sanieren. Bei einer Sanierung des Bestandes hat man oft, ja – in der Regel – keinen neuen, zusätzlichen Nutzen, sondern nur den alten Nutzen weiter erhalten. Das bringt häufig für die Handelnden – für Sie als Gemeinderat und uns als Verwaltung – keine Lorbeeren, keine positiven Zeitungsartikel, keine Wählerstimmen. Und trotzdem ist es richtig und notwendig.

Wir müssen uns um den Erhalt unserer Infrastruktur in der Stadt intensiver kümmern, wenn wir sie dauerhaft erhalten möchten. Und das eben auch, wenn es dafür keinen „Lohn“ im übertragenen Sinne gibt und es nur zu den Mühen des kommunalpolitischen Alltags gehört. Und der Erhalt unserer Infrastruktur ist, meine Damen und Herren, nicht nur für die Nutzer der jeweiligen Einrichtung wichtig, sondern auch finanzpolitisch bedeutend. Denn Sanierungsstau ist immer auch verdeckte Verschuldung. Diese Verschuldung ist zwar nicht explizit im Haushalt ausgewiesen und natürlich bei keinem Kreditinstitut vermerkt. Sie muss auch nicht vom Regierungspräsidium genehmigt werden. Sie ist aber da und wird jeden Tag größer, wenn wir von der Substanz leben.

Jeder Häuslesbesitzer weiß, wenn ich nicht rechtzeitig mein Dach saniere, wird der Schaden, der dadurch entsteht irgendwann deutlich größer, als wenn ich es sofort saniere oder neu decken lasse. Es ist also finanzpolitisch klug und geboten das Augenmerk auf diesen Sanierungsstau zu legen. Gemeinsam mit der Kämmerei und den für die Infrastruktur zuständigen Ämtern und Betrieben möchte ich in den nächsten Monaten ein Berechnungsmodell entwerfen, wie wir diesen Sanierungsstau – diese implizite Verschuldung – transparent machen können. Damit hätten wir für unsere Entscheidungen in Verwaltung und Gemeinderat eine deutlich bessere Datengrundlage.

Denn wenn ich diesen Sanierungsstau als implizite Verschuldung genauso ernst nehme, wie die explizite Verschuldung bei den Banken, dann ergibt sich, was die Kreditaufnahme angeht, ein anderes Bild: Dann ist auch der Abbau des Sanierungsstaus ein Abbau von Verschuldung – der impliziten Verschuldung nämlich – und damit betriebswirtschaftlich und finanzpolitisch sinnvoller, als um jeden Preis Kredite zu vermeiden und stattdessen von der Substanz zu leben.

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Das ist kein Werben für mehr Schulden. Schulden sind, wann immer möglich zu vermeiden. Es ist ein Werben dafür, den Sanierungsstau genauso ernst zu nehmen, wie eine Kreditaufnahme. Dieser Gedanke hat uns beim Aufstellen des Haushaltes geleitet. Darum finden Sie in ihm einen deutlichen Beitrag zur Sanierung unserer Infrastruktur und Sie finden im Doppelhaushalt 2020/2021 keine neuen Schulden, meine Damen und Herren. Beides sollten wir so lange, wie möglich, durchhalten. Sanierungsstau abbauen und Kreditaufnahmen vermeiden.

„So lange, wie möglich“ heißt auch, dass wir – nach unserem heutigen Wissenstand – in den nächsten Jahren wieder Kredite aufnehmen werden müssen. Das ist uns allen klar spätestens seit wir wissen, dass wir drei unserer vier großen Neckarbrücken nicht mehr sanieren können, sondern Neubauten notwendig sind. Investitionen in dieser Dimension sprengen die Möglichkeiten, die eine Stadt in unserer Größenordnung, mit unseren Einnahmequellen, hat. Darum sind wir sehr dankbar für die finanzielle Unterstützung des Landes. Ohne diese – das sage ich ganz klar – hätten wir finanzpolitisch an der Wand gestanden. Mit dieser Unterstützung wird es machbar, wenngleich nicht ohne eine Fremdfinanzierung durch Kredite.

Wir konnten die notwendige Kreditaufnahme in den nächsten 5 Jahren durch die Überarbeitung des Haushaltsplanentwurfs im Sommer nochmals deutlich von rund 160 Mio. Euro im Kernhaushalt und bei SGE auf rund 60 Mio. Euro reduzieren. Und das ohne, meine Damen und Herren, den Sanierungsstau dadurch zu erhöhen, also nicht auf Kosten der Substanz unserer Infrastruktur. Weniger

Kreditaufnahme ist ohne einen Anstieg der verdeckten Verschuldung, also des Sanierungsstaus, nicht möglich.

Wo sanieren wir ganz konkret? Wo zeigt sich, dass wir es mit dem Abbau des Sanierungsstaus ernst meinen? Zum Beispiel bei einer unserer wichtigsten Infrastrukturen: den Straßen. Als wir im Sommer in vielen Gesprächen mit den einzelnen Ämtern und Betrieben nach Möglichkeiten der Entlastung des Haushalts gesucht haben, habe ich schon bei der Einleitung des Gesprächs mit den Verantwortlichen des Tiefbauamts gesagt, dass Kürzungen im Bereich der Straßeninstandhaltung für mich nicht in Frage kommen, weil sie die implizite Verschuldung erhöhen. Darum haben wir in diesem Bereich nicht gekürzt – im Gegenteil.

In den Jahren 2013 bis 2018 haben wir durchschnittlich 12,2 Mio. Euro im Jahr für Straßeninstandhaltung ausgegeben. Mit diesem Doppelhaushalt steigern wir diesen Betrag auf 17,1 Mio. Euro im Jahr 2021. Das heißt wir geben 40 % mehr für Straßeninstandhaltung aus als in den letzten 6 Jahren. In der 5-Jahres Planung werden wir fast 70 Mio. Euro in unser wichtiges Vermögen – die Straßen in Esslingen – stecken, um diese zu erhalten.

Auch bei unseren Gebäuden, der zweiten wichtigen Infrastruktur der Stadt, steigern wir die Ausgaben für die Instandhaltung. 7,0 Mio. Euro in 2020 und 7,7 Mio. Euro in 2021 sind im Wirtschaftsplan für die Instandhaltung unserer Städtischen Gebäude, wie Schulen, Kindergärten, Betriebsgebäude und Verwaltungsgebäude vorgesehen. In den Jahren 2013 bis 2018 waren es im Durchschnitt nur rund 5,4 Mio. Euro. Wir steigern also die Ausgaben für die Instandhaltung unserer Gebäude ebenfalls um über 40 %.

Warum betone ich dieses Jahr das Thema Sanierung so stark? Der eine oder andere wird vielleicht sagen: Warum reitet der Rust so auf dem Thema rum? Weil ich erstens: Dafür werben will, dass Sanieren wichtig ist. Dass sich Sanieren lohnt. Und weil ich zweitens dafür werben will, dass auch die Gesellschaft erkennt, dass es wichtig ist, dass sich Gemeinderat und Verwaltung um den Erhalt der bestehenden Infrastruktur kümmern und nicht nur neue Projekte politisch belohnt werden.

Kommen wir zum zweiten wichtigen Punkt, der diesen Haushalt charakterisiert: Wir investieren.

Wir investieren im betriebswirtschaftlichen Sinne, also in aktivierbares Vermögen. Wir investieren aber auch im politischen Sinne in wichtige Bereiche, in dem wir Personal verstärken und Sachausgaben erhöhen. Wir investieren beispielsweise in **Stadtentwicklung**, in dem wir die Verlagerung unserer

Stadtwerke vorantreiben und finanziell unterstützen, damit in der Weststadt neuer Wohnraum und neue Flächen für Gewerbe, Wissenschaft und Forschung entstehen können. Dafür nehmen wir als Stadt den stolzen Betrag von 4,2 Mio. Euro in die Hand. Eine Investition, davon sind wir überzeugt, die sich langfristig nicht nur stadtplanerisch rechnet, sondern auch wirtschaftlich.

Wir investieren auch in **bezahlbaren Wohnraum**. Das Projekt Alleenstraße wurde hier schon mehrfach diskutiert. Es findet sich jetzt im Doppelhaushalt wieder mit rund 7 Mio. Euro direkter Investition und nochmals rund 3 Mio. Euro über die Einlage des Grundstücks. Wir erhöhen damit unsere städtischen Belegungsrechte und leisten einen wichtigen Beitrag für diejenigen, die auf dem aufgeheizten Wohnungsmarkt in der Region Stuttgart momentan wirklich gar keine Chance mehr haben.

Wir investieren in **Bildung**. Auch hier kennen Sie die Zahlen bereits aus der Diskussion um die Schulentwicklung. Allein in den nächsten beiden Jahren werden wir über 22 Mio. Euro in Schulgebäude investieren. Bis zum Ende des 5-Jahres Zeitraums werden es über 60 Mio. Euro sein. Die großen Projekte werden dabei die Innenstadtsschule mit 30 Mio. Euro, die Neue Schule in der Pliensauvorstadt mit 10 Mio. Euro und der Neubau der Grundschule in Zell und die Zollbergrealschule mit je 13 Mio. Euro sein.

Wir investieren aber nicht nur in die Gebäudehülle unserer Schulen. Mit dem Medienentwicklungsplan 3.0, der die **digitale Ausstattung** unserer Schulen neu ausgerichtet hat, werden wir auch in eine moderne und zukunftsfeste IT investieren. Rund 1 Mio. jährlich werden wir in neue Rechner, Tablets, Präsentations- und Netzwerktechnik an unseren Grundschulen und den weiterführenden Schulen investieren. Noch nicht eingerechnet, der Glasfaseranschluss, den jetzt schon alle weiterführenden Schulen haben und demnächst auch die Grundschulen bekommen werden.

Mit zusätzlichem IT-Personal – immerhin 10 Stellen bei SGE – so wie sie besetzt bekommen – wollen wir außerdem die Stabilität und Betreuung unserer IT verbessern. Das ist vor allem wichtig, damit die angeschaffte Infrastruktur auch reibungslos funktioniert.

Wir investieren – neben der IT an den Schulen auch in die **Digitalisierung** der Verwaltung. Mit unserer Digitalisierungsstrategie haben wir letztes Jahr den Rahmen gesteckt. Mit der Roadmap, die wir Ihnen im Sommer präsentieren werden, wird dieser Rahmen konkret ausgefüllt. Im Doppelhaushalt haben wir dazu ein Budget von rund einer dreiviertel Mio. Euro jährlich vorgesehen. Wir wollen damit die Voraussetzungen schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger einfach, intuitiv und ohne lange Wege und Wartezeiten unsere Dienstleistungen in Anspruch nehmen können. Eines unserer Highlights dabei

wird ein Bürgerportal sein, in dem alle Verwaltungsdienstleistungen gebündelt werden. Also das Rathaus im Smartphone – das ist unser Ziel.

Wir investieren in **Betreuung**. Und das, meine Damen und Herren, in ganz beträchtlichem Ausmaß. Mit über 70 Stellen, die wir für die „Personaloffensive Kindertageseinrichtungen“ schaffen, investieren wir in die Qualität unserer Kinderbetreuung. Im Endausbau wird sich das im Haushalt mit über 4 Mio. Euro jährlich niederschlagen. Sie erinnern sich an die Vorlage, die Sie im vergangenen Jahr dazu beschlossen haben. Es geht dabei nicht um mehr Personalkapazität für mehr KiTa-Plätze, sondern um eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen unseres Personals. Wir sind davon überzeugt, dass das die Qualität der Betreuung verbessert und gleichzeitig den Beruf der Erzieherin, des Erziehers attraktiver macht, was uns vor allem bei der Personalgewinnung helfen soll. Denn nach wie vor haben wir in diesem Bereich einen enormen Fachkräftemangel.

Neben der Personaloffensive investieren wir auch weiter in das Betreuungsangebot, in den Ausbau der Betreuung und in die Infrastruktur. Netto betrachtet, also schon unter Berücksichtigung der Elternentgelte und des Landeszuschusses investieren wir in die Zukunft unserer Kinder fast 33 Mio. Euro städtischer Mittel. Zum Vergleich: In den Jahren 2013 bis 2018 waren es im Schnitt knapp 20 Mio. Euro. Das entspricht einer Steigerung von über 66 %. Kaum ein anderer Bereich in unserer Stadt wächst derart dynamisch.

Und last but not least, meine Damen und Herren, wir investieren in den **Klimaschutz**. Und das nicht erst, seit das Thema wieder mehr öffentliche Aufmerksamkeit bekommen hat. Mir ist dabei wichtig zu betonen, dass wir den Fokus darauf richten, wo wir als Stadt im Bereich unserer Regelungskompetenz, Möglichkeiten haben. Wir werden nämlich weder die Abgasnormen von Fahrzeugen regeln können, noch wie viel CO₂ die Unternehmen in unserer Stadt emittieren. Deshalb sollten wir uns darauf konzentrieren, was wir selbst als Stadt mit unseren Eigenbetrieben und Unternehmen tun können, um einen Beitrag zu leisten.

Unseren eigenen Fuhrpark z.B., die Energieversorgung unserer eigenen Gebäude, die energetische Sanierung unserer Gebäude oder auch den Energieverbrauch städtischer Infrastruktur, um nur einige Beispiel zu nennen. Seit Jahren schon investieren wir in die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED, das werden wir fortsetzen. Hier sehen wir übrigens auch einen finanziellen Effekt – die Energiekosten sinken seit Jahren. Wir investieren in erneuerbare Energien, bei der Wärmeversorgung unserer Neubauten – in der KiTa Goerdelerweg lässt sich das schön sehen – oder mit Investitionen in Erzeugungsanlagen bei unseren Stadtwerken.

Und wir investieren in **alternative, klimafreundliche Mobilität**. Bereits 2015 haben wir unser Oberleitungsnetz auf klimaneutral erzeugten Strom von der Strommarke unserer Stadtwerke „GrünES“ umgestellt. Jetzt investieren wir in den Ausbau unseres Oberleitungsnetzes und in insgesamt 17 zusätzliche Batterieoberleitungsbusse, damit wir bis 2023 fast zwei Drittel unseres ÖPNV in der Stadt komplett klimaneutral und emissionsfrei anbieten können. Fast 20 Mio. Euro werden wir im 5-Jahres-Zeitraum in Elektromobilität investieren.

Und zwar nicht in Versuche oder Forschungsprojekte, wie das die meisten andere Städte tun müssen. Nein, wir haben ein seit 75 Jahren funktionierendes System und sind ab der ersten Fahrplanminute einsatzbereit. Und das Schöne ist, dass uns das Land und vor allem der Bund dabei massiv finanziell unterstützen. Dafür sind wir sehr dankbar!

Mit fast 2 Mio. Euro machen wir den ÖPNV außerdem noch preislich attraktiver und bieten damit eine wirkliche Alternative zum PKW. 1 Mio. Euro für die Tarifzonenreform und nochmals bis zu 1 Mio. Euro für das Esslinger Stadtticket. Und das zeigt bereits Wirkung. Netto haben wir dadurch im letzten Jahr bereits rund 10.000 Tickets im Monat mehr verkauft. Das sind zwischen 20- und 30-tausend Fahrten mehr im ÖPNV, die sonst mutmaßlich mit dem PKW zurückgelegt worden wären.

Sie sehen, meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist ganz klar ein Investitionshaushalt. Mit 70 Mio. Euro im Doppelhaushalt der Stadt und nochmals rund 33 Mio. Euro bei beim Eigenbetrieb SGE – die anderen Eigenbetriebe und Beteiligungen noch gar nicht eingerechnet – ist dies einer der investitionsstärksten Haushalte der letzten Jahrzehnte. Und mit einem Ergebnis von –4,4 Mio. Euro in 2020 – übrigens nur negativ durch den Finanzausgleich, der auf unser Rekordjahr 2018 referenziert – und +15,7 Mio. Euro in 2021, können wir Ihnen auch einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Wenn wir allerdings in die 5-Jahres-Planung schauen, sehen wir, dass diese enormen Investitionen des Doppelhaushalts, sich auch Schritt für Schritt auf das Ergebnis niederschlagen. Jede neue Investition, jeder Abgang einer abgeschriebenen Investition, jede Generalsanierung löst neue, in der Regel höhere Abschreibungen aus. Und das bekommen wir ab den Jahren 2022, 2023 zu spüren. Dort zeigen sich deutlich negative Ergebnisse von bis zu 19,6 Mio. Euro in 2023. Wenn wir diese Situation verhindern möchten – und das sollten wir tun – dann müssen wir die Zeit bis zur Aufstellung des nächsten Haushaltes nutzen.

Wir schlagen Ihnen darum auch vor, den bisher zurückgestellten zweiten Schritt der Erhöhung der Grundsteuer nun nachzuholen. Das entlastet das Ergebnis um rund 4,2 Mio. Euro. Außerdem ist die Einbringung dieses Haushaltes verbunden mit dem Angebot eines Prozesses der Aufgabenkritik, die wir gemeinsam – Verwaltung und Gemeinderat – durchführen müssen.

Deshalb mein dritter und letzter Punkt: Wir müssen konsolidieren.

Ich schlage dabei keinen neuen SHK-Prozess vor. Unsere Strategische Haushaltskonsolidierung hat sich umfassend mit allen Möglichkeiten der Konsolidierung beschäftigt. Also z.B. auch mit Effizienzsteigerungen, Prozessoptimierung und Einnahmeerhöhungen. Und wir waren dabei sehr erfolgreich.

Aufgabenkritik ist nur ein Teil der Konsolidierung. Aber gleichzeitig der schwerste. Er befasst sich nämlich mit den Fragen: Was können wir uns in Zukunft nicht mehr leisten? Was muss wegfallen? Es gibt dazu ein – wie ich finde – sehr schönes Bild. Ein Haushalt ist wie ein Apfelbaum. Er wächst, wie jeder lebende Organismus permanent wächst. Das ist ganz natürlich. Neue Äste – also Aufgaben – kommen dazu. Und in gewissem Maße wachsen auch die Wurzeln, also die Quellen, die den Baum ernähren. Will man aber, dass ein Apfelbaum langfristig viele und gute Früchte trägt, muss man ihn auch regelmäßig stutzen. Und zwar so, dass die Äste, die man langfristig haben will, stabil wachsen können. Tut man das nicht, passiert nämlich folgendes: Die Früchte werden weniger, die Früchte werden schlechter und ganze Äste werden abbrechen. Das wollen wir, was die Früchte unseres Haushaltes angeht, natürlich nicht.

Und in einem weiteren Punkt passt das Bild des Apfelbaumes zu unserem Haushalt: Das Schneiden bei Obstbäumen ist eine Daueraufgabe und nicht mit einem einmaligen Einsatz erledigt. Bei den vielen neuen Aufgaben, die auch auf uns als Stadt, immer wieder zukommen, ist es deshalb immer wieder auch wichtig, darüber zu sprechen, welche bisherigen Aufgaben wir dafür aufgeben.

Frau Strohbach und ich werden Ihnen dazu gegen Mitte des Jahres einen Vorschlag unterbreiten, wie wir diesen Prozess der Aufgabenkritik mit Ihnen gemeinsam angehen möchten. Ich würde mich freuen, wenn Sie diesen Weg mitgehen, damit wir den übernächsten Doppelhaushalt vielleicht doch mit einem besseren Ergebnis vorlegen können, wie momentan vorausgesagt.

Ich möchte an dieser Stelle allen danken, die an der Vorarbeit des Doppelhaushaltes und vor allem an der Überarbeitung im Sommer beteiligt waren. Allen Ämtern, Eigenbetrieben und Beteiligungen und

vor allem der Stadtkämmerei, Frau Strohbach und Frau Zavasnik. Sie haben wieder viel Arbeit im Detail geleistet und damit die politischen Entscheidungsprozesse, die jetzt anstehen, überhaupt erst möglich gemacht. Vielen Dank dafür.

Abschließend möchte ich Ihnen und uns – obwohl ich, wie Sie wissen, ein frommer Protestant bin – einige Regeln der Benediktinermönche mit auf den Weg geben. Sie wurden dem Finanzvorstand des Klosters – dem Cellerar – vorgegeben. Ich glaube sie können sowohl mir, als Ihrem Cellerar, als auch Ihnen als Gemeinderat und damit Haushaltssatzungsgeber, Richtschnur für unsere Beratungen sein.

Es heißt in diesen Regeln:

- Er (der Cellerar) sei nicht maßlos im Essen, nicht überheblich, nicht stürmisch, nicht verletzend, nicht umständlich und nicht verschwenderisch. (1b)
- Er trage Sorge für alles. (3)
- Er mache die Brüder nicht traurig. (6)
- Nichts darf er vernachlässigen. (11)
- Falls ein Bruder unvernünftig etwas fordert, kränke er ihn nicht durch Verachtung, sondern schlage ihm die unangemessene Bitte vernünftig ... ab. (7)
- Vor allem habe er Demut. Kann er einem Bruder nichts geben, dann schenke er ihm wenigstens ein gutes Wort (13) ... (denn) es steht ja geschrieben: „Ein gutes Wort geht über die beste Gabe“ (Sir 18,17). (14)

Nun danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und darf an die Leiterin der Stadtkämmerei, Frau Strohbach, weiterleiten.

Vielen Dank!